

**Antrag**

öffentlich

Datum

08.02.2018

Nummer

A0017/18

Absender

**Fraktion DIE LINKE/future!**

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates  
Herr Schumann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

22.02.2018

Kurztitel

Cannabisfreigabe

**Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Im Gesundheits- und Sozialausschuss soll gemeinsam mit dem Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten eine Anhörung zur Thematik der kontrollierten Abgabe von Cannabisprodukten stattfinden.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, unter welchen Bedingungen eine Abgabestelle für Cannabisprodukte als Modellprojekt initiiert werden kann.

**Begründung:**

Nachdem die anhaltende Stigmatisierung von Cannabiskonsument\*innen und die damit einhergehende Verbotspolitik keine Besserung der Drogenproblematik gebracht hat, wird es Zeit, den Kurs zu ändern. Aufklärung und verantwortungsbewusster Konsum müssen in eine ganzheitliche Gesundheitspolitik integriert werden.

Wer bisher Cannabisprodukte konsumieren wollte, fand einen Weg. Verbote zeigten bisher keine Wirkung. Außerdem steht der unkontrollierte Verkauf von Cannabisprodukten auf der Straße allen offen - vom Kind bis zur Seniorin. „Deshalb ist es allerhöchste Zeit für eine vom Staat kontrollierte Abgabe. Die Vorteile liegen auf der Hand: Straßendealern und deren kriminellen Strukturen im Hintergrund würden die Grundlage entzogen. Die Polizei und die Justiz könnten ihre Kräfte für andere, wichtigere Dinge einsetzen. Jugendlichen würde der Zugang zu Cannabis erheblich erschwert. Der Reiz einer dann legalen Droge würde gemindert. Die Marihuana-Qualität könnte staatlich überprüft werden. Und zu guter Letzt: Der Staat würde ordentlich mitverdienen.“<sup>1</sup>

Mit dem Modellprojekt soll überprüft werden, inwieweit die generalpräventiven Effekte, die mit dem umfassenden Verbot des Verkehrs mit Cannabis und Cannabisprodukten gem. Anlage I des BtMG bezüglich des Konsums von illegalen Drogen angestrebt werden, nicht genauso gut oder besser durch eine kontrollierte Abgabe von Cannabis und eine dadurch zu erwartende Trennung der Drogenmärkte erreicht werden können.

---

<sup>1</sup> <https://www.stern.de/politik/cannabis-freigabe--wir-sollten-uns-ein-beispiel-an-kalifornien-nehmen-7810848.html>

Eine kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten würde zudem zur Entlastung von Polizei und Justiz führen. Folgerichtig weist der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), André Schulz, darauf hin, dass es an der Zeit ist „auch hier das Kiffen für Konsumenten vollständig zu entkriminalisieren und einen regulierten Markt für Marihuana zu schaffen.“<sup>2</sup>

Dennis Jannack  
Stadtrat

Jenny Schulz  
Stadträtin

René Hempel  
Stadtrat

Chris Scheunchen  
Stadtrat

Anlage 1: „Drogen Kriminalbeamter fordert: Auch wir sollten Cannabis reguliert legalisieren!“

---

<sup>2</sup> <https://www.morgenpost.de/vermishtes/article213014715/Kriminalbeamte-fordern-regulierten-Marihuana-Markt.html>